
Gewerkschafter für Europa

Gewerkschafter begründen ihre Kandidatur für die Direktwahlen zum Europäischen Parlament

Karl Hauenschild

Karl Hauenschild, geb. 1920 in Hannover, ist gelernter Industriekaufmann. Nach Schulzeit und Lehre leistete er von 1940 bis 1945 Wehrdienst. Nach dem Krieg nahm er zunächst die Arbeit bei seiner Lehrfirma wieder auf; 1947 begann seine hauptamtliche Tätigkeit bei der Industriegewerkschaft Chemie - Papier - Keramik. Karl Hauenschild ist seit 1969 Vorsitzender dieser Gewerkschaft.

Im Zusammenhang mit meiner und der Kandidatur der Kollegen Heinz Oskar Vetter und Eugen Loderer zum Europäischen Parlament sind Sorgen um die Einheitsgewerkschaft geäußert worden. Den Anstoß zu dieser Diskussion, die außerhalb der Gewerkschaften offenbar mehr Interesse findet als bei den Gewerkschaftsmitgliedern selber, hat der Generalsekretär der CSU, Stoiber, gegeben.

Nach meiner Auffassung steht es einer demokratischen Partei besser zu Gesicht, erfahrene und vom Vertrauen ihrer Mitglieder getragene Gewerkschafter auf ihre Kandidatenliste zu setzen als etwa Otto von Habsburg, der bestenfalls eine überwundene Geschichtsepoche repräsentiert.

Wir werden auf absehbare Zeit weder eine europäische Regierung noch etwa ein Parlament in der Funktion einer verfassungsgebenden europäischen Versammlung haben. Es wird deshalb auch keine Fraktionsbindungen geben, wie sie in nationalen Parlamenten üblich und notwendig sind, um Koalitionsregierungen zu bilden und am Leben zu erhalten. Ein Gewerkschafter im Europäischen Parlament wird deshalb auch nicht in die Verlegenheit kommen, in „Fraktionszwänge“ zu geraten, die sein Gewissen als Einheitsgewerkschafter belasten müßten.

Überparteiliche Vertretung von Arbeitnehmerinteressen

Wir werden uns in den europäischen Nationalstaaten und wir werden uns deshalb auch in europäischen Maßstäben noch lange Zeit mit Problemen herumzuschlagen haben, die besonders die Arbeitnehmer bedrücken. Der Themenkreis reicht von der Eindämmung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit bis zur Sicherung der Energieversorgung für den Industrie- und Privatbedarf. Dabei wird es für einen Europa-Parlamentarier, der sich vorgenommen hat, besonders auf die Interessen der Arbeitnehmer zu achten, gleichgültig sein, ob er das als Sozialdemokrat oder beispielsweise als Christdemokrat tut. Wenn man etwas genauer hinsieht, wird man sogar feststellen, daß die Programme und Vorstellungen mancher christdemokratischer Parteien in Europa nicht so weit von den Auffassungen der DGB-Gewerkschaften in unserem Lande entfernt sind, wie manche glauben mögen.

Gewerkschaftsvorsitzender und Europa-Parlamentarier: entweder — oder?

Selbstverständlich stellt die Tätigkeit in einem Parlament eine zusätzliche zeitliche Belastung dar. Das gilt aber nicht nur für die Mitarbeit im Europa-Parlament, sondern das galt von jeher auch für die Funktion von haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären in Gemeinde- und Landesparlamenten sowie im Bundesparlament. Es gilt im verkleinerten Maßstab auch für die Mitarbeit Hunderter und Tausender von Funktionären in den vielen Selbstverwaltungsorganen. Es wäre widersinnig, wenn die Gewerkschaften mehr demokratische Institutionen und mehr demokratische Kontrolle in allen gesellschaftlichen Bereichen gefordert hätten, um

sich dann am Ende abstinenter zu verhalten, wenn ihren Forderungen entsprochen worden ist.

Ich gehe übrigens, wie wohl auch Heinz Oskar Vetter und Eugen Loderer, davon aus, daß die zeitliche Belastung im Europäischen Parlament nicht so stark sein wird wie die Inanspruchnahme etwa eines Bundestagsabgeordneten. Außerdem müßte das, was die zeitliche Belastung betrifft, und auch das, was die Gefährdung der Einheitsgewerkschaft betrifft, auch für Gewerkschaftskandidaten aus dem christdemokratischen Lager gelten, deren Kandidatur ich für sehr wichtig und für sehr vernünftig halte. Ich denke da z. B. an meinen Kollegen Karl Heinz Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender der ÖTV, mit dem ich lange Zeit im Wirtschafts- und Sozialausschuß in Brüssel zusammengearbeitet habe.

Karl Heinz Hoffmann

Karl Heinz Hoffmann, geboren 1928 in Köln, war nach kaufmännischer Tätigkeit von 1952 bis 1968 bei den Sozialausschüssen der CDU tätig, zuletzt als Hauptgeschäftsführer. 1968 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV gewählt, zuständig für Energiepolitik, Mitbestimmung und öffentliche Wirtschaft. Seit 1965 Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG.

Viele Menschen, die wie ich als Jugendliche die Nazidiktatur und den mörderischen Krieg erleben mußten, bekannten sich schon früh zu einem geeinten Europa. In der Verständigung der Völker und in der Überwindung des Nationalismus sahen sie die beste Möglichkeit, den Frieden zu erhalten und Diktaturen zu verhindern. Meine Haltung zu Europa fand ihre Bestätigung in der Politik Konrad Adenauers, durch Aussöhnung der Deutschen und der Franzosen Grundlagen für die europäische Einigung und den Frieden der Völker zu schaffen.

Wie die CDU gehörte auch der Deutsche Gewerkschaftsbund von Anfang an zu den mutigen Verfechtern der europäischen Einigungsidee. Bereits bei der Schaffung der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ 1951 sowie bei den Verträgen zur „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ von 1957 war Konrad Adenauer der Unterstützung durch den DGB sicher. Aufgrund ihrer historischen Entscheidung haben die Gewerkschaften den Anspruch erworben, Europa mitzugestalten. Soll die zukünftige europäische Föderation eine Quelle des Wohlstands der Bürger und der Völker sein, soll Europa der Erhaltung des Friedens und der Entspannungs-

politik dienen, ist die Mitarbeit der Gewerkschaften an dieser großen Aufgabe unerläßlich. Deshalb war ich sofort bereit, auf der Landesliste der CDU von Nordrhein-Westfalen für das Europaparlament zu kandidieren, als Hans Katzer und Kurt Biedenkopf mich dazu aufforderten.

Eine Einheitsgewerkschaft wie der DGB, deren Wurzeln in den Ideen des demokratischen Sozialismus, der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik gründen, bieten allen Arbeitnehmern, unabhängig von der weltanschaulichen und politischen Einstellung, die Möglichkeit zur Mitarbeit. Deshalb muß sie es auch ertragen können, daß führende Vertreter dieser Einheitsgewerkschaft über die Listen demokratischer Parteien in das Europaparlament einziehen. Durch die Mitarbeit von Gewerkschaftsvertretern in neuen Europäischen Parlament wird gesichert, daß die Gemeinschaftspolitik sich nicht allein an den Interessen von Industrie, Handel oder Landwirtschaft ausrichtet, sondern die Belange der Arbeitnehmer und den Wohlstand aller Menschen im Blickfeld behält.

Die ganze politische Kraft der Gewerkschaften und ihr gesamter politischer Einfluß wird in den nächsten Jahren nötig sein, um die Wirtschaftskrise in der Europäischen Gemeinschaft zu überwinden. Hier werden die Interessen der Arbeitnehmer, die Interessen aller Bürger unmittelbar berührt.

Sechs Millionen Europäer sind arbeitslos, darunter viele Frauen und Jugendliche. Äußere Schwierigkeiten wie Währungskrise durch den Dollarverfall, Konkurrenz neuer, seit kurzem industrialisierter Länder, Vervierfachung der Erdölpreise seit 1973 und erneute Unsicherheiten durch die Revolution im Iran stellen die Europäische Gemeinschaft vor große Herausforderungen. Zu den äußeren Schwierigkeiten kommt das Problem der Struktur unserer Industrie. Die Industrie in der Gemeinschaft muß wichtige strukturelle Veränderungen vornehmen, um der neuen internationalen Arbeitsteilung zu entsprechen und um die neuen persönlichen oder kollektiven Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die erforderlichen Anpassungen sind in der Zeit der Krise und der Arbeitslosigkeit nur mühsam zu verwirklichen. Sie verlangen den vollen Einsatz der Gewerkschaften und die Solidarität aller Arbeitnehmer.

An der Lösung dieser Aufgaben werde ich im Falle meiner Wahl im Parlament mitarbeiten. Merkmale der Tätigkeit werden die Energiepolitik und die europäische Verkehrspolitik sein. Verkehrspolitik als Voraussetzung für den Warenaustausch in der Gemeinschaft und Energiepolitik zur Sicherung der industriellen Produktion waren bereits in meiner fast 14jährigen Tätigkeit im Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA) der Europäischen Gemeinschaft Schwerpunkte meiner Arbeit.

Seit neun Jahren bin ich Vorsitzender der Fachgruppe Verkehr und Kommunikationsmittel im WSA. Hier zeigte sich, wie mühsam es ist, die europäische Verkehrspolitik auf den Weg zu bringen. Das Parlament wird große Anstrengungen machen

müssen, um die nationalen Interessen der Regierungen endlich zu überwinden. Die europäische Einigung ist nur mit Geduld und Schritt für Schritt zu verwirklichen. Dabei müssen nationale Gepflogenheiten, wie kulturelle Eigenarten der Völker, Rücksicht finden. Der Kompromiß hat oft zum Schluß eine schmale Basis. Denn die großen Entscheidungen, wie jüngst die Einführung des Europäischen Währungssystems, werden den ganzen Mut aller politisch Verantwortlichen für den Fortschritt Europas brauchen.

Ein Abgeordneter im Europäischen Parlament wird sicher noch mehr Zeit brauchen als das Mitglied im WSA. Da mir aber die Mechanismen in der Europäischen Gemeinschaft und die Arbeitsweise der europäischen Bürokratie vertraut sind, wird es leichterfallen, die Verpflichtungen in der Gewerkschaft ÖTV mit der Arbeit im Parlament in Einklang zu bringen. Denn gerade die aktive Teilnahme an der gewerkschaftlichen Tagesarbeit erleichtert die Entscheidungsbereitschaft im Parlament.

Eugen Loderer

Eugen Loderer, geboren 1920 in Heidenheim/Brenz, erlernte den Beruf eines Metallgewebemachers (Schlosser). Nach der Rückkehr aus dem Weltkrieg übernahm er ehrenamtliche Funktionen in Betrieb und IG Metall. 1947 Beginn der hauptamtlichen Tätigkeit in Heidenheim, wo er 1950 Bevollmächtigter wurde. 1959 wechselte er in die Bezirksleitung Stuttgart der IGM, 1963 bis 1969 war er Landesbezirksvorsitzender des DGB Baden-Württemberg. 1968 wurde er zum 2. Vorsitzenden, 1972 zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall gewählt.

Über zwanzig Jahre nach Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird am 10. Juni ein weiterer, entscheidender Schritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa vollzogen. Durch die erste Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments kommt die Demokratisierung des institutionellen Aufbaus der Europäischen Gemeinschaften ein gutes Stück voran. Mit der Direktwahl erfolgt in mehrfacher Hinsicht eine politische Weichenstellung für die weitere Entwicklung der Integration Europas, eine Weichenstellung, die Hoffnung und Chance zugleich bedeutet.

In den vergangenen Jahren wurde die Integration Europas überwiegend durch wirtschaftliche Interessen bestimmt und vorangetrieben. Die politische und soziale Entwicklung kam dabei entschieden zu kurz. Die Direktwahl zum Europäischen Parlament muß deshalb Startschuß für den Aufbau des sozialen Europas, des Euro-

pas der Arbeitnehmer, sein. Den wirtschaftlichen Interessen der Konzerne müssen nunmehr die legitimen Interessen der Bürger Europas, insbesondere der arbeitenden Menschen und ihrer Familien, gegenübergestellt werden.

Das neue Europaparlament kann diese Entwicklung nur dann nachhaltig und entschieden einleiten und beeinflussen, wenn dieses Parlament sich auf die Zustimmung einer großen Zahl der wahlberechtigten Bürger Europas stützen kann und wenn es starke Persönlichkeiten umfaßt, die imstande sind, die Notwendigkeiten einer weiteren Integration und die Grundsatzentscheidungen für den sozialen Ausbau Europas gegen die Interessen der Nationalstaaten durchzusetzen. Was die nachhaltige Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer im Parlament betrifft - wer anders als die Repräsentanten der Gewerkschaften wäre dazu eher berufen.

Aus diesem Grunde kandidiere ich für das Europaparlament. Aus dem gleichen Grunde bewerben sich weitere Gewerkschafter - auch auf den Listen der CDU - um ein Mandat im Europaparlament. Über die Grenzen der politischen Parteien hinweg gilt es die Forderungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien beim weiteren Ausbau Europas geltend zu machen - so wie dies im Deutschen Bundestag bereits seit langem geschieht. Dies bedeutet keineswegs, daß das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verletzt oder gar entscheidend gefährdet würde, auch nicht, daß die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften verlorengehe, nur weil einige ihrer Repräsentanten für eine bestimmte Partei kandidieren. Mich wundert übrigens, daß noch niemand die Unabhängigkeit des Handwerksverbandes, des Bauernverbandes oder der Wirtschaftsverbände in Frage gestellt hat, denn deren führende Vertreter kandidieren ebenfalls für ein Mandat im Europaparlament — und zwar durchweg auf den Listen der CDU. Oder setzt man bei diesen Vereinigungen parteipolitische Unabhängigkeit gar nicht erst voraus?

Die Abgeordneten des neuen, direkt gewählten Europaparlaments erwartet eine Fülle von Aufgaben, die sicherlich nicht alle in einer Legislaturperiode und im ersten Anlauf zu bewältigen sind. Für mich stehen folgende Probleme im Vordergrund, für deren Lösung ich mich besonders einsetzen werde:

- Die Demokratisierung der Institutionen Europas muß vorangetrieben werden. Aus diesem Grunde muß das Parlament mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Es darf nicht angehen, daß weiterhin neun Fachminister, manchmal sogar zwei Staatsoberhäupter beim trauten Kaminplausch Maßnahmen absprechen, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen und dennoch weitreichende Auswirkungen für die Einwohner EG-Europas haben.
- Die politische Einigung muß einen Sockel in Form einer „europäischen Verfassung“ erhalten, in der für alle Bürger der neun EG-Staaten wesentliche politische und soziale Grundrechte, wie das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Streikrecht, das Recht auf Arbeit etc. abgesichert und einklagbar gemacht werden.
- Die soziale und gesellschaftspolitische Entwicklung muß forciert werden. Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit, der Verhütung von

Umweltverschmutzung und einer gerechteren Verteilung der Einkommen muß auf europäischer Ebene stärkere Bedeutung zugemessen werden, da diese Probleme effektiv und nachhaltig im nationalen Rahmen nicht mehr gelöst werden können.

- Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft muß eine Maßnahme zur stärkeren Kontrolle der Machtpositionen der Wirtschaft, insbesondere der multinationalen Konzerne, sein. Dieser Kontrolle muß auch ein europäisches Kartellrecht dienen.

- Die Europäische Gemeinschaft muß sich stärker noch als bisher um einen Ausgleich mit den Entwicklungsländern bemühen. Das Abkommen von Lome ist hierfür eine Basis, die allerdings noch ausbaufähig ist.

- Eine umfassende Regional- und Strukturpolitik muß auf europäischer Ebene Platz greifen. Eine Regionalpolitik, die dem Ausgleich der Disparitäten in der Gemeinschaft dient, und eine Strukturpolitik, die ein rechtzeitiges Reagieren auf wirtschaftliche Strukturveränderungen ermöglicht, wobei auch die Notwendigkeiten der Entwicklungspolitik eingebunden und berücksichtigt werden müssen.

Diese Probleme sind nur einige aus dem Spektrum derer, die auf die Abgeordneten des neuen Europaparlaments zukommen werden. Ich werde dabei mein Möglichstes tun, daß sie unverzüglich aufgegriffen und einer Lösung zugeführt werden. Wenn es gelingt, die Chance zu nutzen, die die Direktwahl des Europaparlaments am 10. Juni 1979 für die Entwicklung des sozialen Europas, eines Europas der Arbeitnehmer, bietet, dann könnte dieser Wahltag für die Schaffung eines vereinten Europas einmal ähnliche Bedeutung erlangen, wie sie der 1. Mai für die Arbeiterbewegung hat.

Walter Schongen

Walter Schongen, geb. 1927 in Kempen am Niederrhein. Volksschule, Lehre als Verwaltungsangestellter, bis 1958 Verwaltungsangestellter beim Arbeitsamt, ehrenamtliche Referententätigkeit zu Sozialrecht und Sozialpolitik im Rahmen der DGB-Bildungsarbeit, Mitglied des Personalrats, 1958-1968 Fachsekretär und Vorstandssekretär beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil — Bekleidung, 1968 Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes, 1972 stellvertretender Vorsitzender.

Die ersten Direktwahlen zum Europaparlament werfen in der parteipolitischen und auch innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung und Diskussion schon seit Monaten ihre Schatten voraus. Interessanter- oder soll man sagen pikanterweise? -

tun sie das weniger in Sach- oder Programmfragen, als vielmehr in Fragen Einheitsgewerkschaft. Um es vorweg zu sagen: Ich teile ebensowenig die Auffassung derer, die durch die Kandidatur von Heinz O. Vetter, Eugen Loderer und Karl Hauen-schild auf der Liste der SPD die Einheitsgewerkschaft in Gefahr sehen, wie ich mich dagegen wehren muß, der Kandidatur von Karl Heinz Hoffmann, Rudi Nickels und Walter Schongen auf der Liste der CDU eine andere Qualität zu geben.

Mitglied der Einheitsgewerkschaft zu sein bedeutet nicht parteipolitische Abstinenz. Die Einheitsgewerkschaft lebt gerade davon, daß in ihr sich Mitglieder u.a. verschiedener Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit vereinigen und zur Wahrnehmung der Interessen einer vielfältig strukturierten Mitgliedschaft konsensfähig bleiben. Gewerkschaften, wie wir sie verstehen, müssen zur Durchsetzung ihrer Forderungen in vielen Bereichen mit allen demokratischen Parteien zusammenarbeiten. Das kann man wirksam — auch nach meinen eigenen Erfahrungen — aber nicht draußen vor der Tür, sondern nur, wenn die Mitglieder zur Mitarbeit in den verschiedenen Parteien bereit sind. Und Mitarbeit heißt, hier auch bereit sein, Mitverantwortung zu tragen.

Es gehört für mich zu den guten Traditionen der Einheitsgewerkschaft, daß seit ihrer Gründung auch führende Gewerkschafter in den beiden großen, unsere Demokratie tragenden Parteien Mandate zu übernehmen bereit waren und sind. Diese Einbindung und ihre Rückkoppelungseffekte haben unsere Arbeit wirksamer gemacht. Jetzt wollen wir erste Schritte zur politischen Union Europas tun. Die Richtung der Schritte wollen wir als Arbeitnehmer mitbestimmen. Und auch oder gerade hier können wir das nicht draußen vor der Tür. Für mich ist die entscheidende Aufgabe des Europaparlaments, eine europäische Union als den auch für die Arbeitnehmer in Zukunft notwendigen Lebensraum glaubhaft zu machen. Das wird aber nur gelingen, wenn das Parlament imstande ist, gesellschafts-, kultur- und sozialpolitische Zielsetzungen gleichrangig neben die Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft zu stellen. Gemeinschaften können nur entstehen, wenn die Glieder der Gemeinschaft sich verstehen, wenn sie miteinander reden können. Die Sprache wird deshalb in der Schulpolitik aller Mitglieder eine entscheidende Rolle spielen müssen.

Zustimmung erhält eine Politik, eine verfaßte Gemeinschaft nur dann, wenn sie deutlich macht, daß sie jedem eine Chance bietet. Das gilt im besonderen für unsere Jugend. Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit ist deshalb nicht nur ein Stichwort in einem Katalog vorrangiger Aufgaben europäischer Politik. Berufsausbildung, berufliche Weiterbildung, gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen werden für eine wirkliche Freizügigkeit in der Gemeinschaft zunehmende Bedeutung erlangen.

Die Strukturpolitik Europas muß endlich heraus aus dem Geruch von Sozialplänen und zu einer echten Chance für die Arbeitnehmer in jetzt noch strukturschwachen Regionen werden. Wirtschaftspolitik schlechthin muß deutlich machen, daß sie

dem Menschen dient. Jeder reflektiert sicher auch in Europa seine eigenen Erfahrungen. Ich bin ein Textil- und Bekleidungsgewerkschafter. Wir haben in unserem europäischen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiterverband in vielen, besonders wirtschaftspolitischen, Fragen Europa geprobt. Wir wissen, was Abbau von Schranken untereinander, aber auch, was nationalstaatlicher Egoismus und was Solidarität bedeuten.

Die Arbeitnehmer müssen in Europa eine größere, eine ihnen zukommende Rolle spielen. Wenn man ein Mandat im Europaparlament anstrebt - und das tue ich auch als Ersatzbewerber - dann weiß man auch, daß die Wahrnehmung des Mandats Zeit erfordert und neue sowie zusätzliche Belastungen bringt, die Erledigung anderer Aufgaben zurückstehen muß. Das geht aber nur, wenn andere, wenn Kolleginnen und Kollegen bereit sind, die Voraussetzungen dafür mitzuschaffen. Ich habe meine Vorstandskollegin und meine Vorstandskollegen (in der Mehrheit Mitglieder der SPD) gefragt, was sie von meiner Kandidatur auf der Landesliste der CDU halten. Die Antwort ist auch im Programm der Gewerkschaft Textil - Bekleidung formuliert:

„Einfluß der Mitglieder in die Parteien tragen. Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bedeutet keine Vereinnahmung für festgelegte parteipolitische Richtungen. Die Realisierung von gewerkschaftlichen Forderungen darf nicht nur von einzelnen Parteien erwartet werden.

Die Gewerkschaft Textil - Bekleidung fordert ihre Mitglieder zur Mitarbeit in den demokratischen Parteien auf, um so eine bessere Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen zu erreichen."